

Nachrichten vom Landtage.

Drei und vierzigste öffentliche Sitzung der zweiten Kammer, am 9. Mai 1833.

(Beschluss.)

Man geht hierauf zum 2. Satz des 1. §. (doch steht den Verlobten frei u. s. w. vergl. Nr. 60 d. Bl. S. 450) über. Man ist darüber einverstanden, daß in Folge des Amendements des Abg. Sachse auch hier statt des Wortes „Bräutigam“ jedesmal „Braut“ gesetzt werden müsse. — Der Abg. Sachse hat aber zu diesem Satz noch ein Amendement gebracht, wornach die Trauung nur bei dem Geistlichen der Braut oder einem andern Geistlichen von der Confession der Braut nie aber von einem andern Geistlichen von der Confession des Bräutigams statt finden könne. Häufig, bemerkt der genannte Abgeordnete, werde den protestantischen Geistlichen von den katholischen die Trauung unter dem Vorwande entzogen, daß die katholische Kirche die Ehe als ein Sacrament anerkenne, und daher die Trauung durch einen Geistlichen derselben mehr Kraft habe; die protestantischen Geistlichen würden mit den bloßen Stolgebühren abgefunden.

Der Staatsminister D. Müller findet sich veranlaßt, zu beklagen, daß Anträge aus einseitigen Rücksichten, wie der Kostenpunkt, gestellt würden, wodurch der Freiheit der Personen, des Brautpaares, zu nahe getreten werde; worauf der Abg. Sachse erwiedert, daß die Zurücksetzung, nicht aber der Verlust an den Stolgebühren die protestantische Geistlichkeit fränke.

Der Abg. Rour bemerkt, daß es darauf ankomme, ob die Kammer ein Gesetz geben wolle, welches die Willensfreiheit beschränke? und erklärt sich gegen das Amendement Sachse's, worin ihn viele Mitglieder, besonders v. d. Planitz, Eisenstuck u. a. m. unterstützen.

Die Kammer verwirft hierauf durch eine Mehrheit von 40 Stimmen den vom Abg. Sachse zum §. gebrachten Nachsatz; nimmt aber die vom Abg. Atenstädt in Vorschlag gebrachte Abänderung, im letzten Satz des §. zu setzen „von einem Pfarrer der Confession der Braut,“ eben so wie den ganzen §. 1. einstimmig an. —

Man ging hierauf zu §. 2. des vorliegenden Gesetzentwurfs über, welcher folgendermaßen lautet:

„Von jedem Pfarrer, welcher das Aufgebot zu veranstalten hat, ist vorher sorgfältig zu untersuchen, ob nicht nach landesgesetzlichen Vorschriften der Vollziehung der Ehe ein rechtliches Hinderniß entgegenstehe; und es darf, bevor nicht solches beseitigt, oder in dispensablen Fällen von dem Theile, auf dessen Seite es sich findet, die Dispensation seiner geistlichen Behörde glaubhaft beigebracht worden, mit dem Aufgebot nicht verfahren werden.“

Die Deputation hatte zu diesem §. nichts erinnert, sondern

bloß, durch das Wort „landesgesetzlichen“ veranlaßt, die Hoffnung ausgesprochen, daß baldigst ein vollständiges, auch das Eherecht mit berücksichtigendes Civilgesetzbuch vorgelegt werden möchte, womit sich die Kammer einverstanden erklärte und, auf die Anregung des Abg. Atenstädt, einstimmig beschloß, diese Hoffnung in der ständischen Schrift auszudrücken; auf gleiche Weise nahm die Kammer §. 2. an.

§. 3. des Gesetzentwurfs enthielt Folgendes:

„Wenn wider die Trauung Widerspruch geschieht, oder Appellation eingewendet wird, so ist das Anbringen zunächst bei dem Pfarrer des Bräutigams zu bewirken. Auch hat allemal derjenige Pfarrer, bei welchem ein Einspruch geschieht, dem Pfarrer des andern Theils davon sofort Nachricht zu geben.“

Auch hier wurde in Folge der beim §. 1. beschlossenen Abänderung statt des Wortes „Bräutigams“ das Wort „Braut“ gesetzt. Die Deputation hatte der größern Deutlichkeit wegen folgende Fassung vorgeschlagen:

„Widersprüche oder Einsprüche und Appellationen gegen die Trauung verlobter Personen verschiedener Confessionen sind allemal bei dem Pfarrer des Bräutigams anzubringen, oder, wenn sie dessen ohngeachtet bei dem Pfarrer der Braut angebracht würden, sofort an jenen abzugeben. Der Pfarrer des Bräutigams aber hat von dem bei ihm angebrachten Einspruch dem Pfarrer der Braut Nachricht zu geben und den erforderlichen Bericht zu erstatten.“

Dagegen schlug der Staatsminister D. Müller folgende Fassung vor: „Ein Widerspruch gegen die Trauung ist in der Regel bei dem Pfarrer der Braut anzubringen, welcher jedoch den Pfarrer des Bräutigams davon in Kenntniß zu setzen hat. Wird aber dennoch bei dem Pfarrer des Bräutigams Widerspruch erhoben, so hat dieser die den Widerspruch enthaltende Schrift an den Pfarrer der Braut abzugeben.“

Die Kammer nahm §. 3. in dieser veränderten Fassung einstimmig an.

Der 4. §. des Gesetzentwurfs lautete:

„Sollte der katholische Pfarrer, welchem nach §. 1. die Trauung gebührt, ohne einen nach den Landesgesetzen statthafter Grund Aufgebot oder Trauung verweigern, so soll das Aufgebot auf Seiten des katholischen Theils in der evangelischen Kirche seines Wohnortes, die Trauung aber ebenfalls von einem protestantischen Geistlichen, auch ohne die gewöhnlichen Dimissoriales des Pfarrers des katholischen Theils, und ohne daß es der Bezahlung der Stolgebühren an diesen bedarf, bewirkt, und die Ermächtigung hierzu auf Ansuchen aus dem Ministerio des Cultus ertheilt werden.“

Des Abg. Atenstädt Vorschlag, statt der Worte: „welchem nach §. 1. die Trauung gebührt“ zu setzen „wenn ihm nach §. 1. die Trauung gebührt“ wurde von der Kammer eben so wie §. 4. selbst unter dieser Abänderung einstimmig angenommen.